



## *Terrorgefahr ernst nehmen – Sicherheitsbehörden vorbereiten*

### *Antrag der Fraktion der CDU*

*- Drucksache 6/373 -*

#### **Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion der AfD hat sich der Abgeordnete Henke zu Wort gemeldet.

#### **Abgeordneter Henke AfD:**

Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, werte Abgeordnete, werte Gäste, „Terrorgefahr ernst nehmen – Sicherheitsbehörden vorbereiten“ – und hier sind wir schon bei des Pudels Kern. Wie hoch die Terrorgefahr in Thüringen wirklich ist, weiß niemand, und geht es nach der Landesregierung, wird es auch so bleiben. Denn nur so kann man ihr Konzept des Umbaus der Polizei verstehen.

(Beifall AfD)

(Zwischenruf Abg. Dittes, DIE LINKE: Man wird es auch nie wissen!)

Dass selbst Ihrem Ministerpräsidenten leise Zweifel an der Sache kommen, zeigen die Aussagen, welche er in der Presse getätigt hat. So werden Sie Ihrem Innenminister eine schwere Hypothek auferlegen, indem Sie Sicherheitsorgane falsch ausrichten. Ich bin wirklich gespannt, Herr Poppenhäger, wie Sie das den anderen Innenministern erklären wollen, den Sonderweg Thüringens bei den V-Leuten. Das wird schwierig werden.

(Zwischenruf Abg. Hennig-Wellso, DIE LINKE: Den Menschen erklären oder den anderen Ministern?)

Dass das nicht nur gestandene Islamisten sind, zeigen die Ereignisse in der jüngsten Zeit. Vor Kurzem erst ist eine 18-jährige Thüringerin in Begleitung einer 15-Jährigen aus Sachsen-Anhalt mutmaßlich nach Syrien ausgereist,

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN: Mutmaßlich!)

um dort die Reihen des IS zu füllen, die im Namen einer menschenverachtenden Ideologie Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen. Warum sollten, stellen Sie sich mal die Frage, unbescholtene Bürger diesen Weg gehen? Junge Menschen? Vielleicht ist hier ein anderer Ansatz

gegeben.

(Zwischenruf Abg. Henfling, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Vielleicht sollte sich das die AfD mal überlegen mit ihrer Ausgrenzungspolitik!)

Wie können wir diese Frage beantworten, wenn wir die Sicherheitsbehörden, die sich gerade damit beschäftigen, dezimieren oder gar abschaffen wollen? Wie diese Fälle zeigen, findet auch in Thüringen der extremistische Islam in seiner Reinform, dem Salafismus, Anhänger. Von vorgeblich politischem Salafismus zu gewalttätigem Salafismus ist es nur ein kleiner Schritt, wie alle Sicherheitsexperten wissen. Die Zahl der Salafisten liegt in unserem Freistaat bei etwa 100 – man höre, bei etwa –, also man hat keine genauen Zahlen. Die Zahl der zurückgekehrten IS-Kämpfer ist nicht bekannt. Dabei ist jeder einzelne dieser Heimkehrer brandgefährlich, bringt er Kampferfahrung mit und ist im Umgang mit modernen Kriegswaffen geschult. Reden Sie mal mit den Polizisten vor Ort, die mit ihrer unzureichenden Ausrüstung einer solchen Gefahr begegnen müssen. Auf dem globalen Waffenmarkt sind ohne Weiteres günstig Kriegswaffen zu bekommen. Der Bürgerkrieg in der Ukraine führt dazu, dass der Nachschub an Waffen nicht nachlassen wird.

Doch was tut die Landesregierung, um der wachsenden Terrorgefahr zu begegnen und im Allgemeinen auf die prekäre Sicherheitssituation im Freistaat zu antworten? Sie will die V-Leute faktisch abschaffen, die dazu da sind, Extremisten zu überwachen.

(Zwischenruf Abg. Adams, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Nein!)

(Unruhe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie will eine Enquetekommission einsetzen, die im Kontext der NSU-Morde Konzepte gegen Rassismus und Diskriminierung entwickeln, aber keine Kommission, die Vorschläge erarbeitet, wie man der religiösen Radikalisierung junger Menschen mit und ohne Migrationshintergrund entgegenwirken kann. Sie will am Stellenabbau bei der Thüringer Polizei festhalten, nur, die genauen Ausmaße sind noch nicht bekannt. Dabei sagt die GdP in Thüringen schon heute, dass die Bereitschaftspolizei keine komplette Hundertschaft zu Demonstrationen und anderen Gefährdungslagen aufstellen kann. An eine Unterstützung anderer Bundesländer ist unter dieser Bedingung nicht zu denken. Die Innenminister anderer Länder werden deshalb in Zukunft zweimal überlegen, ob sie ihre Bereitschaftspolizei nach Thüringen schicken. Denn mit dem Personalabbau kündigt die rot-rot-grüne Landesregierung die Solidarität zwischen den Bundesländern auf. Jenseits der Bereitschaftspolizei wäre diese Solidarität auch wichtig, um Organisierte Kriminalität, Transitzkriminalität, mafiöse Strukturen zu bekämpfen, die nicht an der Thüringer Landesgrenze haltmachen. Ich wiederhole noch einmal: Isis, Salafismus, Ukraine Konflikt, Organisierte Kriminalität – Bedrohungen gibt es genug. Man kann sich vor diesem Hintergrund nur wundern, wo unsere Koalitionäre leben: Im Freistaat oder in Gedanken doch wo ganz anders? Vielen Dank.

(Beifall AfD)

**Vizepräsidentin Jung:**

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat sich der Abgeordnete Adams zu Wort gemeldet.